

Berlin, 10. Mai 2019

Deutschen Tierschutzbund e.V
WPSEU 106/2019**Ihre Partei ist für...**

- **ein Verbot der Stopfleberproduktion („Foie gras“) in Europa**

Antwort:

Ja, da wir es als grausame Praxis betrachten, die gegen den Tierschutz verstößt. Wir haben uns auch an die EU-Kommission in mehreren Anfragen zum Thema Zwangsfütterung bei der Stopfleber-Produktion (Foie gras) gewandt und sie ausdrücklich aufgefordert, die in der Verordnung (EG) Nr. 543/2008 niedergelegte Mindestanforderung für das Lebergewicht zu streichen, um eine Stopfleberproduktion ohne Zwangsfütterung zu ermöglichen. Diese simple Maßnahme, die mit keinerlei Kosten verbunden ist, würde es den VerbraucherInnen ermöglichen, einen seit langem erwarteten Wandel zu bewirken und viel Tierleid ersparen.

- **die Einführung von Mindesthaltungsvorgaben für Equiden**

Antwort:

Ja. Wir Sozialdemokraten unterstützen die Forderung nach EU-weiten Mindeststandards für die Haltung, den Transport und die Zucht von Equiden. In der EU gibt es schätzungsweise 7 Millionen Pferde und Esel, die sehr unterschiedliche Aufgaben erfüllen. Dazu gehören Turnier- und Freizeitpferde, aber auch Arbeitstiere für Verkehr und Tourismus, Sport, Bildung sowie in der Forst- und Landwirtschaft und als Milch- und Fleischlieferanten. Die Haltung von diesen Equiden hat einen hohen wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Nutzen.

- **den europaweiten Ausbau von Biotopverbänden, um dem Insektensterben entgegenzuwirken**

Antwort:

Ja. Die SPD fühlt sich den „Sustainable Development Goals“ der Vereinten Nationen verpflichtet. Im Punkt 15 „Life on Land“ wird der Schutz der Biodiversität benannt. Wir verstehen diese Ziele als Leitbild unseres euroapolitischen Handelns, weil nur so die aktuellen ökonomischen, ökologischen, sozialen und internationalen Politikbereiche gemeinsam angegangen und gelöst werden können. Naturschutz ist Querschnittsaufgabe für die

Europäische Union. Deswegen wollen wir, dass die Europäische Kommission in Zukunft für alle Ausgaben aus dem EU-Haushalt und für jeden europäischen Rechtssetzungsvorschlag darlegt, welche Konsequenzen diese Entscheidungen auf die Erreichung der Nachhaltigkeitsziele haben. Der Ausbau von Biotopverbänden kann dabei helfen, den Verlust an Biodiversität einzudämmen.

- **eine gesetzliche Regelung des Internethandels mit Tieren**

Antwort:

Ja. Wir wollen unter anderem ein Verkaufsverbot von Haustieren im Internet. Für die SPD ist Tierschutz ein unverzichtbarer Bestandteil verantwortungsvoller Politik. In den europäischen Verträgen (AEUV Art. 13) sind die EU und die Mitgliedstaaten verpflichtet, den „Erfordernissen des Wohlergehens der Tiere als fühlendes Wesen in vollem Umfang Rechnung“ zu tragen. Daher setzen wir uns selbstverständlich dafür ein, dass sich der Tierschutz in den Richtlinien und Verordnungen der EU niederschlägt. Wir wollen eine neue europäische Tierschutz-Strategie erarbeiten und umsetzen. D

- **die Einführung einer europaweit verpflichtenden Kennzeichnung und Registrierung für Hunde und Katzen**

Antwort:

Ja. Die Identifizierung und Registrierung von Katzen und Hunden ist eine Schlüsselbedingung für die Gewährleistung der Kontrolle, Durchsetzung und Rückverfolgbarkeit. Dies ist ein wesentliches Element für eine wirksame Bekämpfung des illegalen Handels. Die Entschließung des Europäischen Parlaments „Einführung kompatibler grenzüberschreitender Systeme zur Registrierung von Haustieren“ vom 25.02.2016 ist für die Europa-SPD immer noch gültig.

- **das konsequente Umsetzen des Konzepts Fangen / Kastrieren / Wieder Freilassen von Straßentieren**

Antwort:

Neutral. In Deutschland ist das Problem von wildlebenden Haustieren nicht so verbreitet wie in anderen Mitgliedstaaten. Wir müssen darauf hinweisen, dass die Verantwortung in diesem Bereich in alleiniger Verantwortung des jeweiligen Mitgliedstaates liegt, so dass auf europäischer Ebene nicht gesetzgebend eingegriffen werden kann. In den betroffenen Ländern muss es öffentliche Sensibilisierungskampagnen für dieses Thema geben. Kastrationsprogramme können in diesem Fall sinnvolle Maßnahmen sein, um das Problem der freilaufenden Haustiere in den Griff zu bekommen.

- **für die Beibehaltung des strengen Schutzes großer Beutegreifer wie Wolf, Luchs und Bär bei gleichzeitiger finanzieller Unterstützung von Schutzmaßnahmen bei Weidehaltung auf EU-Ebene**

Antwort:

Ja. Die geltende Habitatrichtlinie sollte nicht verändert werden. Der Erhaltungszustand von Wölfen, Bären und Luchsen sollte nicht nur auf nationalstaatlicher, sondern auf europäischer Ebene bewertet werden. Im Herbst 2019 wird die EU-Kommission nach aktuellen Zahlen der Mitgliedstaaten eine Neubewertung des Erhaltungszustands des Wolfes vornehmen. Die Mitgliedstaaten können bereits jetzt im Einklang mit der Habitatrichtlinie geeignete Maßnahmen ergreifen, um Konflikte mit großen Beutegreifern zu reduzieren. Die geltende Habitatrichtlinie sollte nicht verändert werden.

- **ein EU-weites Verbot der Haltung und Zurschaustellung von Wildtieren im Zirkus**

Antwort:

Ja. Die SPD ist gegen die die Haltung wildlebender Tierarten im Zirkus wie Affen, Elefanten und Giraffen. Wichtig erscheint uns außerdem, dass die Einfuhr von Wildfängen für den kommerziellen Lebedntierhandel in die Europäische Union verboten wird, wenn es sich um gefährdete Arten handelt.

- **ein europaweites Verbot der Zucht, Haltung und Tötung von Pelztieren auf Pelzfarmen**

Antwort:

Ja. Die SPD hält Pelztierfarmen für grausam, deshalb werden wir uns auch für ein Verbot einsetzen. Solange diese Praxis noch existiert, ist aus der Sicht des Verbraucherschutzes zumindest eine genaue Kennzeichnung auf jeden Fall notwendig. Verbraucherinnen und Verbraucher dürfen bei so einem sensiblen Thema nicht getäuscht werden. Deswegen unterstützt die SPD eine Kennzeichnungspflicht von Pelz in Textilien.

- **den Einsatz von vorrangig tierschutzgerechten Maßnahmen beim Management von der EU als „invasiv“ bezeichneten Tierarten**

Antwort:

Neutral. Invasive Tier- und Pflanzenarten führen zu hohen ökologischen und ökonomischen Schäden in Europa. Deswegen ist eine aktive Verhinderung der Ausbreitung nötig. Die Liste der Tier- und Pflanzenarten wird deshalb kontinuierlich erweitert. Bei den Managementmaßnahmen muss dennoch darauf geachtet werden, dass unnötige Schmerzen für die Tiere vermieden werden.

- **ein Ende aller Manipulationen am Tier**

Antwort:

Neutral. Die Antwort ergibt es aus den anderen Antworten. Letztlich bitten wir darum deutlich zu machen, welche Manipulationen gemeint sind.

- **die Abschaffung aller tierquälenden Haltungssysteme wie Käfighaltung, Kastenstand und die Anbindehaltung sowie für die Förderung von tiergerechten Haltungsformen**

Antwort:

Ja. Die SPD setzt sich für eine artgerechte Haltung von Tieren ein. Käfighaltung beispielsweise ist keine tiergerechte Haltung. Die SPD hat sich deshalb bei Kaninchen bereits deutlich dafür ausgesprochen, dass sich diese Situation ändern muss.

- **eine Überarbeitung der EU-Transportverordnung**

Antwort:

Ja, denn als SPD fordern wir, dass Langstreckentransporte für erwachsene Tiere auf maximal acht Stunden, für nicht-entwöhnte Tiere auf vier Stunden, begrenzt werden müssen. Zudem fordern wir, dass dies auf EU-Ebene verpflichtend eingeführt wird. Diese Forderung findet sich auch in unserem Wahlprogramm für die Europawahl 2019 wieder.

- **ein verbindliches europäisches Tierschutzlabel**

Antwort:

Ja. Europäische Produkte sollen in Zukunft deutlicher machen, woher die Inhaltsstoffe kommen. Dazu gehört auch, dass Informationen über die Haltung von Tieren auf verarbeitete tierische Produkte gedruckt werden. Wir wollen die europäischen Konsument*innen so gut es geht informieren und ihre Kaufentscheidungen positiv beeinflussen.

Zudem fordern wir ein europäisches Tierwohllabel, nach dem Vorbild der Eierkennzeichnung, welche gut funktioniert und von den Verbraucherinnen und Verbrauchern auch angekommen wurde. Ein solches Label ist die einzige Lösung, die langfristig funktionieren wird, auch ohne den europäischen Binnenmarkt zu verzerren.

- **eine EU-weite Strategie zum Ausstieg aus Tierversuchen**

Antwort:

Ja. Die Tierversuchsrichtlinie trägt dazu bei, dass EU-weit strenge und transparente Maßnahmen für Tierversuche gelten. Wir Sozialdemokraten unterstützen generell, dass Tierversuche insgesamt reduziert werden. Allerdings ist aktuell eine Überarbeitung der Tierversuchsrichtlinie nicht geplant. Die EU-Kommission wird dem Europaparlament im November 2019 einen Umsetzungsbericht vorlegen. Anhand dieses Berichts werden wir entscheiden, inwiefern die Richtlinie geändert werden muss und eventuell die Ausnahmefälle gestrichen werden müssen.

- **eine verstärkte Förderung der Entwicklung und Anwendung von tierversuchsfreien Methoden für Forschung, Lehre und Risikobewertung**
- **eine Umstrukturierung der Verteilung von Fördergeldern, um die Förderung von tierversuchsfreien Projekten zu priorisieren**

Antwort auf beide Fragen:

Ja. Die SPD unterstützt die europäische Förderung für tierversuchsfreie Forschung. Im Programm „InvestEU“ wird bei den förderfähigen Forschungsbereichen ausdrücklich auf diesen Bereich Bezug genommen: „neue wirksame und zugängliche Gesundheitsprodukte, einschließlich Arzneimittel, medizinischer Geräte, Diagnostika und Arzneimittel für neuartige Therapien, neuer antimikrobieller Wirkstoffe und innovativer Entwicklungsverfahren, bei denen Tierversuche vermieden werden.“

- **die Einführung einer kritischen Auseinandersetzung mit der ethischen Problematik von Tierversuchen in der Ausbildung von Naturwissenschaftlern, Medizinern und Tierpflegern**

Antwort:

Ja. Alle Personen, die mit Tierversuchen betraut sind, müssen sich in ihrer Ausbildung mit den ethischen Aspekten von Tierversuchen auseinandersetzen.